

Landtagsabgeordnete Birgit Huonker betreibt mit Gestapo Vergleich geistige Brandstiftung Gewerkschaft der Polizei (GdP) verlangt Entschuldigung

Saarbrücken, 25.05.2016

Wenn Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf Basis einer richterlichen Anordnung den Vollzug von gesetzlichen Regelungen umsetzen und sich dabei selbst in einer für sie persönlich höchst belastenden Situation befinden, ist es doppelt verwerflich, wenn man sich als Mitglied eines Verfassungsorgans nicht nur verbal „versteigt“, sondern solche Äußerungen ausdrücklich in vollem Bewusstsein macht

Hierzu der Landesvorsitzende der GdP Ralf Porzel:

„Wenn Frau Huonker als Landtagsabgeordnete und Innenausschussmitglied Beamtinnen und Beamte der Saarländischen Polizei in die Nähe von NS – Verbrechern rückt und ihnen „Gestapo Methoden“ unterstellt, ist das ein unglaublicher Vorgang!“

Gerade als Parlamentarierin, die an der Entstehung von Gesetzen mitwirkt, wäre bei der Kommentierung des Vorgangs mehr Zurückhaltung und Sachlichkeit angezeigt gewesen. Völkerrechtliche Verträge - wie hier zur Umsetzung des Dublin II Abkommens zur Regelung des Asylverfahrens - können nicht in der Beliebigkeit der politischen Bewertung stehen.

Ralf Porzel:

„Frau Huonker bedient mit solchen Äußerungen in einer insgesamt schwierigen Flüchtlingssituation die äußeren politischen Ränder. Die eingesetzten Beamtinnen und Beamten erwarten zu Recht eine Entschuldigung für diese Entgleisung.“

**Die GdP fordert Frau Huonker auf:
„Stellen sie den Sachverhalt richtig!“**

SEI STÄRKER – SEI MITGLIED – SEI GdP!



**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Saarland

Kaiserstr. 258 * 66133 Saarbrücken

www.gdp-saarland.de

Tel.: 0681 84124 10 * Fax -15



Flugblatt Nr.

S. 2/2

